

**Betreff:**

Straßenausbaubeitragssatzung

**Von:** Sellmann <sellmann-haseldorf@T-online.de>

**Gesendet:** Mittwoch, 18. November 2020 11:42

**An:** Furchert <furchert@amt-gums.de>

**Betreff:** Straßenausbaubeitragssatzung

Die BFH/SPD beantragt, die Straßenausbaubeitragssatzung der Gemeinde Haseldorf aufzuheben oder andernfalls so zu ändern, dass für die Zukunft keine neuen Beitragspflichten entstehen können.

Die Begründung ist in der Tatsache zu sehen, dass in Haseldorf drei Kategorien von Straßen vorhanden sind. (Landesstraße, Kreisstraße und Gemeindestraßen/wege)

Nur der Ausbau der Gemeindestraßen müsste von den Bürgern bezahlt werden - eine ungerechte Verteilung.

Vor der endgültigen Entscheidung in der Gemeindevertretung müssen folgende Fragen geklärt werden :

- 1) Kann der Verzicht der Gemeinde auf Straßenausbaubeiträge dazu führen, dass künftige Jahresfehlbeträge von der Kommunalaufsicht nicht anerkannt oder gekürzt werden?
- 2) Wie sind die Erfahrungen anderer Kommunen mit Alternativen zu Straßenausbaubeiträgen die von allen bezahlt werden?

Haseldorf hat in der Vergangenheit auf die Erhebung der Straßenausbaubeiträge verzichtet, hätte es nach der geltenden Satzung aber müssen.

Wir wollen vermeiden, dass zukünftig unverhältnismäßig hohe Beiträge auf die Bürger zukommen. Straßen-und Wegebau ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller und muss gemeinsam finanziert werden.

Grüße

Dieter Sellmann